

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.09.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	17:00 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertretung durch Herrn Krause
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung durch Herrn Häder

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Weiß führte aus, dass die ursprünglich unter TOP 5.3 geplante Vorlage:

Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2009
Vorlage: IV/2008/07388

noch nicht abschließend im Ausschuss für Wirtschaftsförderung beraten worden sei. Aus diesem Grund bat sie, die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dr. Fuchs zog den als TOP 7.4 aufgenommenen:

Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG VS - zur Marktgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07310

zurück und erklärte ihn für erledigt.

Herr Wolter bat Herrn Geier, unter dem TOP Mitteilungen auf den Stand der Untersetzung des Punktes 7 der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (Termin lt. Haushaltsgenehmigung des Landesverwaltungsamtes 30.09.2008) einzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
Nein-Stimmen
Enthaltungen

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 19. August 2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
- 5.1. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2008/07423
- 5.2. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07293
- 5.3. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Kirchteich Südpark", Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Amtsgarten" und Antrag auf Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben "Trockensprunghalle im Sportkomplex Neustadt" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07439
6. Information bezüglich der Rückstellungen des Eigenbetriebes ZGM
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285

- 7.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft"
Vorlage: IV/2006/05594
- 7.3. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu einem Beteiligungsmodell an der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/05603
- 7.4. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG VS - zur Marktgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07310
8. Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 19. August 2008

Herr Bönisch bat um Ergänzung der Niederschrift. Zu TOP 4.7 Personalentwicklungskonzept fragte er, durch wen die vorgestellte Präsentation erarbeitet wurde. Frau Unger antwortete, dass diese ohne externe Hilfe durch das Amt 11 erarbeitet wurde.

Frau Beßler sagte eine Ergänzung der Niederschrift zu o. g. TOP zu. Ein Austauschblatt wird mit den kommenden Sitzungsunterlagen verschickt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Ansonsten wurde die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 19. August 2008 genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fasste der Ausschuss folgenden abschließenden Beschluss:

zu 3.2 Bestellung eines Erbbaurechtes für ein kommunales Grundstück
Vorlage: IV/2008/07257

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Bestellung eines Erbbaurechtes für oben genanntes Grundstück zu Gunsten der SKV Kita gGmbH zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen und die Aufhebung des Erbbaurechtsvertrages für das Grundstück Fischerring 23 a/b.

Finanzielle Auswirkung:

- a) jährliche Mindereinnahmen in Haushaltstelle: 1.8800.142000
Erbbauzinsen in Höhe von 10.480,38 € für das Grundstück Fischerring 23 a/b
- b) jährliche Einnahmen in Haushaltstelle: 2.6150.340000-003
Erbbauzinsen in Höhe von 7.921,20 € - Zuführung zum Fördermittel-Haushalt

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2008/07423

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Herr Misch beteiligte sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

- I. Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:
 - 1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 04. April 2008 mit einem **eingeschränkten** Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt 1.988.844,01 €
Die Bilanzsumme beträgt 80.169.164,32 €
 - 2. Der Jahresüberschuss 2007 ist mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.459.197,27 € zu verrechnen. Die Differenzsumme von 529.646,74 € wird dem Gesellschafter als Gewinnausschüttung zugeführt.

3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
- II. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

**zu 5.2 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07293**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2006/2007.
2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 336.597,48 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: 1.3312.715000 VerwHH : keine
 VermHH : keine

**zu 5.3 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Kirchteich Südpark", Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Amtsgarten" und Antrag auf Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben "Trockensprunghalle im Sportkomplex Neustadt" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07439**

Herr Bönisch fragte, warum die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben Kirchteich durch u. a. die Haushaltsstelle Industriepark Ammendorf, Zuweisungen vom Land möglich sei.

Da die Antwort in der Sitzung nicht gegeben werden konnte, wurde durch die Mitglieder gebeten, diese bis zur Stadtratssitzung nachzureichen.

Auf die Frage von Herrn Bönisch zur Trockensprunghalle erläuterte Herr Godenrath, dass der Bewilligungszeitraum der Fördermittel bis zum 30.08.2009 laufe. Aus diesem Grund werde eine Verpflichtungsermächtigung beantragt. Die Unfallkasse habe festgestellt, dass das Becken der Trockensprunghalle genauso groß sein müsse wie das Wasserbecken. Aus diesem Grund sei die Ausgabe unabweisbar. Die Historie der Baumaßnahme werde zurzeit

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16. September 2008 - öffentlicher Teil

aufgearbeitet und evtl. Konsequenzen der Planungsfehler gemeinsam mit dem Rechtsamt geprüft.

Die Mitglieder des Ausschusses baten um eine unaufgeforderte Information nach Vorliegen des Prüfergebnisses. Diese wurde durch die Verwaltung zugesagt.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt

1. die außerplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Kirchteich Südpark, Tiefbau, Haushaltsstelle 2.6900.950000-009, in Höhe von 180.000 EUR. Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

2.6700.950000-009 Raffineriestraße, Tiefbau	60.000 EUR,
2.6700.959000-009 Raffineriestraße, Planungsleistungen	10.000 EUR,
2.6300.950000-208 HES, 3. BA (3b2), Tiefbau	30.000 EUR,
2.6300.950000-002 Gemeindestraßen, Tiefbau	30.000 EUR,
2.8400.361000-011 Industriepark Ammend., Zuweisungen v. Land	50.000 EUR.

2. die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Amtsgarten, Umbau und Verbesserung, Haushaltsstelle 2.5810.952000-049, in Höhe von 800 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle

2.8550.935100-002, Stadtwald, Jahresansätze, Geräte, Maschinen	800 EUR.
--	----------

3. die außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen für das Vorhaben Sportkomplex Neustadt, Trockensprunghalle, Umbau und Verbesserung, Haushaltsstelle 2.5605.942000-004, in Höhe von 191.800 EUR sowie Haushaltsstelle 2.5605.949000-004, Planungsleistungen, in Höhe von 5.200 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle

2.5700.941000-013, Schwimmhalle Neustadt, Neubau EUR.	197.000
--	---------

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsstelle:

VermHH :

2.6900.950000-009

180.000 EUR

Deckung:

2.6700.950000-009

60.000 EUR

2.6700.959000-009

30.000 EUR

2.6300.950000-208

30.000 EUR

2.6300.950000-002

30.000 EUR

2.8400.361000-011	50.000 EUR
2.5810.952000-049	800 EUR
Deckung:	
2.8550.935100-002	800 EUR
Verpflichtungsermächtigungen:	
2.5605.942000-004	191.800 EUR
2.5605.949000-004	5.200 EUR
Deckung:	
2.5700.941000-013	197.000 EUR

zu 6 Information bezüglich der Rückstellungen des Eigenbetriebes ZGM

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Schramm, Frau Weiß, Herr Geier und Herr Bielecke.

Herr Geier führte aus, dass der Eigenbetrieb ZGM zurzeit über liquide Mittel in Höhe von ca. 5 Mio. € verfüge. Davon wurden 4,8 Mio. € für Altersrückstellungen eingeplant. Diese Verfahrensweise wurde durch die Wirtschaftsprüfer und durch das städtische Rechnungsprüfungsamt geprüft und nicht beanstandet. Diese finanziellen Mittel werden erst in den Jahren 2011 bis 2014 benötigt. Aus diesem Grund solle diese Liquidität in den städtischen Haushalt transportiert werden. In den anderen Eigenbetrieben werden die für Altersteilzeitzahlungen notwendigen Mittel nach Jahresscheiben ausgezahlt. Angestrebt sei die Bildung eines Cash-Pools analog dem im Stadtwerkekonzern.

Einige Mitglieder des Ausschusses führten aus, dass eine Informationsvorlage zur Thematik für die nächste Eigenbetriebsausschusssitzung vorgelegt wurde sowie informiert / kritisierten, dass 1 - 2 EB-Ausschusssitzungen ausgefallen seien.

(16:55 Uhr - Herr Dr. Schmidt kam in die Sitzung.)

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass eine gesetzliche Pflicht zur Sicherung dieser Ausgaben nach dem Altersteilzeitgesetz bestehe.

Herr Geier betonte, dass es sich um die Frage der buchhalterischen Darstellung der finanziellen Mittel handele. Das Geld müsse durch die Stadt Halle (Saale) bereitgestellt werden, wenn der Mitarbeiter in die Altersteilzeit geht. Im Haushalt der Stadt Halle (Saale) gebe es dafür einen Unterabschnitt, in den die konkret benötigten Summen eingestellt werden.

Wie die finanziellen Mittel bei Bedarf an die Eigenbetriebe zurückgezahlt werden, sei technisch kein Problem. Zurzeit werde die Bildung eines Cash-Pools verwaltungsseitig geprüft und bei Notwendigkeit der Vorlagepflicht in die Gremien des Stadtrates eingebracht.

Herr Krause bat um eine schriftliche Darstellung, wie die Rückzahlung an den Eigenbetrieb erfolgen soll. Diese Information solle auch den Mitgliedern des Eigenbetriebsausschusses zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wolter führte aus, dass die Vorlage des Eigenbetriebsausschusses auch im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten werden müsste, weil sie Einfluss auf das Betriebsergebnis habe.

Herr Bielecke führte aus, dass durch die Zurverfügungstellung der Liquidität beide Seiten profitieren könnten. Da die Zinsen für die Aufnahme von Krediten höher seien als die bei der Geldanlage, könne der EB trotzdem Zinsen erhalten und die Stadt Zinsen sparen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen Vorlage: IV/2008/07285

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Schmidt, Herr Bönisch, Frau Weiß, Herr Dr. Fuchs, Herr Krause, Herr Schramm, Herr Dr. Meerheim, Herr Häder und Herr Geier.

Herr Geier führte aufgrund von Nachfragen aus, dass die Anlaufkosten nicht seriös eingeschätzt werden können, weil nicht bekannt ist, wie viel Studenten das Angebot annehmen werden. Der Antrag solle keine rein finanziellen Aspekte verfolgen, sondern mit der werbewirksamen Kampagne für die MLU verknüpft werden. Die Einnahmen fließen der Stadt erst nach zwei Jahren zu.

In der Diskussion verwiesen die Mitglieder des Ausschusses auf das Vorgehen in anderen Städten. Weiterhin wurden fehlende Aussagen im Antrag bemängelt, z. B. ob sich der Zuschuss nur auf die Anmeldung von Studenten im Erstsemester beziehe. Dies müsse ggf. noch bei der Beschlussfassung im Rat klargestellt werden. Auch, ob z. B. die Studenten eine gewisse Zeitspanne ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Halle (Saale) nehmen müssten.

Einige Mitglieder äußerten die Erwartung, dass die Stadt bereits eine Haushaltsstelle benennt und einen Erwartungswert für die Ausgaben bereitstellt.

Herr Geier wies darauf hin, dass beim derzeitigen Stand der Beschlusslage von der Verwaltung nicht vorgegriffen werde, da das Beschlussergebnis noch nicht vorliege. Da die Bitte aber ausdrücklich von den Mitgliedern des Ausschusses geäußert wurde, sagte er zu, zur Beratung des Antrages in der Stadtratssitzung eine vage Prognose abzugeben.

Einige Mitglieder regten an, den Antrag deutlicher zu formulieren. Weitere führten aus, dass es sich um eine Ungleichbehandlung zu Studierenden aus Halle handeln würde. Auch Auszubildende werden völlig ausgenommen. Der prognostizierte Verwaltungsaufwand erschien einigen Ausschussmitgliedern zu hoch. Herr Geier sagte zu, diesen zu überprüfen.

Zum Vorwurf der Ungleichbehandlung wurde von Vertretern der antragstellenden Fraktion erwidert, dass eine Gleichbehandlung nur für gleiche Sachverhalte gewährleistet werden müsse. Hauptintension des Antrages sei es, auswärtige Studenten für ein Studium in Halle zu begeistern.

Darauf wurde aus den Reihen des Ausschusses entgegnet, dass die Stadt Halle (Saale) enger mit der Universität zusammen arbeiten sollte und die Zulassungszusagen terminlich früher gegeben werden müssten. Es wurde von weiteren Mitgliedern bestätigt, dass die Zulassungsmodalitäten sehr schlecht seien.

Herr Dr. Fuchs fasste die Diskussion zusammen und stellte den

Geschäftsordnungsantrag:
Abbruch der Diskussion

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wurde gebeten, die gegebenen Hinweise zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Jedem immatrikulierten Studierenden, der sich erstmalig hauptwohnsitzlich in Halle anmeldet, wird einmalig der Semesterbeitrag sowie einmalig der Kauf eines Semestertickets durch die Stadt erstattet.

**zu 7.2 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES
FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der
Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft"
Vorlage: IV/2006/05594**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit 7.3 beraten.

An der Diskussion Beteiligten sich Herr Wolter, Frau Wolff, Herr Häder, Frau Weiß, Herr Krause und Herr Dr. Meerheim.

Auf Nachfrage der Mitglieder erläuterte Herr Lork, dass der Einfluss des Aufsichtsrates bei einer Aktiengesellschaft sehr groß sei. Nach einer Stellungnahme der Kommunalaufsicht zum Sachverhalt wird die Umwandlung der HAVAG in eine GmbH vorbereitet.

Einige Mitglieder kritisierten, dass diese Aussage bereits im Jahr 2006 kurz nach der Antragstellung hätte gegeben werden können. Der Prüfauftrag hatte eine andere Intension, die durch die Vertagung nicht durchgesetzt werden konnte. Eigentliches Ziel war es, die relevanten Zahlen aufzubereiten. Dies sei die Aufgabe der Gesellschafterin und nicht die des Aufsichtsrates. Belastbares Zahlenmaterial fehle bis heute.

Herr Lork betonte, dass damals eine andere Ausgangslage gegeben war. Die Anträge sollten nacheinander behandelt werden. Bezüglich des Hinweises auf fehlende Anlagen am Schreiben an die Kommunalaufsicht wies er darauf hin, dass diese Anlagen bereits in der Sitzung am 12.11.2006 zur Verfügung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen
einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Beschluss zur Vorlage Nr. 99/I-49/1315 vom 27.01.1999 betreffend die Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft in den nächsten sieben Monaten umzusetzen und dem Stadtrat im September 2006 eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

Erlöse aus dem Aktienverkauf sind als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zu einem Beteiligungsmodell an der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/05603**

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Etablierung eines Beteiligungsmodells an der Stadtwerke Halle GmbH zu überprüfen. Ziel soll es sein, eine qualifizierte Beteiligung von Bürgern der Stadt Halle (Saale) und Unternehmen mit Firmensitz in Halle (Saale) an städtischem Beteiligungsvermögen zu ermöglichen und den strategischen Mehrheitseinfluss der Stadt Halle (Saale) auf Gesellschafterebene langfristig zu gewährleisten. Im Rahmen der anzustellenden Prüfung sind unter Einbeziehung der Stadtwerke Halle GmbH unterschiedliche Beteiligungsmodelle wie Aktiengesellschaft mit Namensaktien, Fondmodelle u.a. zu untersuchen.

Über das Ergebnis ist der Stadtrat im zuständigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften in der Sitzung im Mai 2006 zu informieren.

**zu 7.4 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG VS - zur
Marktgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07310**

Ergebnis:

Der Antrag wurde durch Herrn Dr. Fuchs (Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+ WG VS) zurückgezogen und für erledigt erklärt.

zu 8 Anfragen von Stadträten

Fuhrparkkonzept

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Bönisch zum Stand der Erarbeitung einer Fuhrparkkonzeption für die Stadtverwaltung Halle führte Herr Geier aus, dass diese Thematik ein Detailpunkt bei der Bildung des Ressorts Zentrale Dienste (Hauptamt) sei. Es werde zurzeit geprüft, ob die Stadt selbst einen Fuhrpark betreibe, dieser Bereich ausgegliedert werden sollte oder ein gemeinsames Management mit dem Stadtwerkekonzern wirtschaftlich sinnvoll sei. Weiterhin müsse geprüft werden, in welchen Bereichen Privat-Kfz für dienstliche Zwecke eingesetzt werden, inwiefern Jobtickets genutzt werden und welche Potentiale bestehen. Um diese Grundsatzentscheidungen zu treffen, sei eine Evaluierung über die gesamte Stadtverwaltung die Voraussetzung. Auch dürfe das Sonderthema Leasing nicht unbeachtet bleiben.

Anhand der Ausführungen wurde deutlich, dass sich die Verwaltung intensiv mit der Thematik befasse. Der wirtschaftliche Aspekt müsse aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt im Vordergrund stehen. Herr Geier sagte zu, in der nächsten Sitzung über die Zeitschiene zur Vorlage des Fuhrparkkonzeptes zu informieren.

Frau Nagel regte an, die Fahrzeuge der Eigenbetriebe mit zu betrachten.

Herr Krause wies auf einen Rahmenvertrag der EVH hin.

Aufwüchse im Bereich des Theater und der Staatskapelle

Herr Schramm bat um eine Aufschlüsselung des Ausgabenaufwuchses in Höhe von 1,5 Mio. € auf die Einrichtungen.

Externe Einstellungen

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Geier aus, dass die Eigenbetriebe aufgrund ihrer Sonderstellung Personalhoheit haben. Bevor externe Stellen sowohl bei den Eigenbetrieben als auch bei der Stadt ausgeschrieben werden, werde geprüft, ob im „Konzern“ Stadt geeignetes Personal vorhanden sei. Bezüglich der Ausschreibung der Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit / Presse der Theater GmbH äußerten sowohl Herr Geier als auch die Stadträte Verwunderung.

Pflege städtischer Liegenschaften

Herr Dr. Schmidt informierte über einen Sachverhalt, bei dem ein Bürger eine städtische Liegenschaft auf eigene Kosten gepflegt hat. Vor einiger Zeit erhielt er durch das Liegenschaftsamt ein Pachtangebot.

Herr Bönisch äußerte, dass ihm ein ähnlicher Fall aus Reideburg bekannt sei.

Die Verwaltung wurde gebeten, geeignete Instrumente zu nutzen, um das private Engagement der Bürger für ihre Stadt nicht zu verprellen.

Sachkosten der Fraktionen

Von Herrn Wolter und Frau Wolff wurde ein Schreiben von Frau Oberbürgermeisterin Szabados an die Stadtratsfraktionen zu den Sachkosten angesprochen. Es wurde eine Besprechung dieser Thematik im Hauptausschuss avisiert.

Osttangente

Herr Häder fragte nach dem Weiterbau der Osttangente. Besonderen Schwerpunkt legte er in seiner Frage auf die Mittelzuweisung und die Eigenmittel.

Herr Dr. Pohlack sagte zu, eine Antwort bis zur Stadtratssitzung nachzureichen.

Beantwortung Hundesteuer

Herr Misch wies darauf hin, dass sich in die Beantwortung der Verwaltung ein Schreibfehler eingeschlichen habe. Es gebe nur eine Polizeidirektion in Sachsen-Anhalt. Gemeint seien in der Antwort sicherlich die Polizeireviere.

Beitrag der Wohnungsgesellschaften für den städtischen Haushalt

Herr Bönisch führte aus, dass es unterschiedliche Regelungen und Umgangsweisen bei den städtischen Wohnungsgesellschaften hinsichtlich der Überweisung der finanziellen Mittel gebe und fragte, wann das Geld überwiesen wurde / wird.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass die Zahlungen veranlasst wurden. Es bestehen unterschiedliche Regelungen in den Anstellungsverträgen der Geschäftsführer. Der Hinweis von Herrn Sänger werde von der BMA bearbeitet.

Nachtragssatzung

Herr Bönisch fragte nach der Notwendigkeit der Verabschiedung einer Nachtragssatzung. Herr Geier führte aus, dass diese Notwendigkeit nicht bestehe, da gemäß § 95 (2) der Gemeindeordnung LSA eine Nachtragssatzung durch die Gemeinde trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit zu erlassen ist, wenn ein erheblicher Fehlbetrag entsteht und der Haushaltsausgleich nur durch Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.

Nach Haushaltssatzung § 5 der Stadt Halle hat diese unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben sowie Mindereinnahmen bei einzelnen Haushaltsstellen in einem Verhältnis zu dem Gesamtvolumen erheblichen Umfangs auftreten werden. Erheblich ist eine Veränderung von 2 % der Gesamteinnahmen.

Danach würde sich der Erlass einer Nachtragssatzung für die Stadt Halle als Erfordernis darstellen, wenn eine Abweichung zum Planansatz von 13,6 Mio. € prognostiziert wird.

Danach besteht nach dem derzeitigen Kenntnisstand kein Erfordernis, eine Nachtragssatzung zu erlassen.

Herr Geier sagte eine schriftliche Information bis zur Sitzung des Hauptausschusses zu.

Konzept zum Abbau des Altdefizits / Beitrag von HWG und GWG

Herr Krause übergab an die Verwaltung folgende Fragen:

1. Sind die im Konzept zum Abbau des Altdefizits vorgesehenen Zahlungen seitens der HWG und GWG für die Jahre 2008 (HWG 14,0 Mio. € / GWG 19,7 Mio. €) und 2009 (HWG 57,0 Mio. € / GWG 9,3 Mio. €) abgesichert?
2. Hat die Stadt Halle (Saale) als Gesellschafter die letztendlich gültige Entscheidungskompetenz zur Bildung bzw. Verwendung der Gewinnrücklagen in beiden städtischen Wohnungsgesellschaften?

zu 9 Mitteilungen

Aufgrund der Bitte von Herrn Wolter beim Tagesordnungspunkt 2 informierte Herrn Geier, dass die Untersetzung des Punktes 7 der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme noch nicht mit der Oberbürgermeisterin endabgestimmt sei. Er verwies auf die Ausführungen von Herrn Lork in der vergangenen Sitzung.

Herr Dr. Meerheim gab zu bedenken, dass die Verwaltung bezüglich ihres Berichtes an das Landesverwaltungsamt - lt. Haushaltsgenehmigung bis 30.09.2008 - keine Legitimation des Rates habe.

zu 10 Beantwortung von Anfragen

Hundesteuer

Mit den Sitzungsunterlagen wurde eine Zuarbeit der Verwaltung bezüglich des Erfahrungsaustausches mit anderen Städten zur Ermittlung von säumigen Hundehaltern übergeben.

zu 11 Anregungen

Es wurde von mehreren Mitgliedern angeregt, den Tagesordnungspunkt Mitteilungen zukünftig bei den Sitzungsplanungen vor dem Tagesordnungspunkt mündliche Anfragen einzuordnen, damit im Nachgang zu dem Mitteilungen noch Fragen gestellt werden können.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollantin
Controllerin Dezernat I